

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 224

Sitzung: Donnerstag, 07.09.2017, 19:00 Uhr

Raum, Ort: Versammlungsraum Rüningen, Thiedestraße 19A, 38122 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|--------|---|-------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2017 | |
| 3. | Mitteilungen | |
| 3.1. | Bezirksbürgermeister/in | |
| 3.2. | Verwaltung | |
| 3.2.1. | Industrie- und Gewerbegebiet "Thiedestraße Ost" | 16-02081-01 |
| 3.2.2. | Behindertengerechte Herrichtung der Räumlichkeiten des Freizeit- und Seniorenkreises Rüningen | 17-03548-01 |
| 4. | Abbau von Telefonzellen im Braunschweiger Stadtgebiet | 17-05136 |
| 5. | Verwendung von Mitteln aus dem Stadtbezirksratsbudget | |
| 6. | Anträge | |
| 6.1. | Verbesserung der Überquerbarkeit der Brücke über den Fuhsekanal im Verlauf des Schrotweges für Benutzer des geschotterten Spazierweges
Antrag der SPD-Fraktion | 17-05233 |

Braunschweig, den 31. August 2017

<i>Betreff:</i> Industrie- und Gewerbegebiet "Thiedestraße Ost"

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz	<i>Datum:</i> 23.08.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 07.09.2017	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zum Antrag der CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 224 - Rünigen vom 14.04.2016 (Drs.-Nr. 16-02081) wird wie folgt Stellung genommen:

Im Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig (2016) ist der Bereich „Thiedestraße-Ost“ als ein Schwerpunkt der Gewerbeflächenentwicklung dargestellt. Es ist zeitlich nicht absehbar, wann dort die Bauleitplanung beginnen soll. Derzeit arbeitet die Stadtverwaltung schwerpunktmäßig an der Machbarkeitsstudie für das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig/Salzgitter.

Grundsätzlich verfolgt die Stadt Braunschweig das Ziel, Wohn- und Arbeitsstätten insbesondere in den urban geprägten, innenstadtnahen Gebieten näher zusammenzubringen. Laut Gewerbeflächenentwicklungskonzept sollen aber auch weiterhin klassische produktionsorientierte Gewerbegebiete entwickelt werden - wie hier im Bereich „Thiedestraße-Ost“. In diesen Gebieten sollen sich die Betriebe ansiedeln, die sich wegen ihrer Lärmemissionen (z.B. Schreinerei) nicht mit einer direkten Wohnnachbarschaft vertragen. Immissionschutzrechtlich ist im Bauleitplanverfahren die Verträglichkeit der Nutzungen untereinander nachzuweisen.

Sollte die Planung für diesen Bereich begonnen werden, wird die Verwaltung dennoch prüfen, ob es sinnvoll und möglich ist, in Teilbereichen Wohnnutzung vorzusehen.

Leuer

Anlage/n:
keine

Betreff:

Behindertengerechte Herrichtung der Räumlichkeiten des Freizeit- und Seniorenkreises Rünigen

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

23.08.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat regt an, den Mitgliedern des Freizeit- und Seniorenkreises den Zugang zu den Räumlichkeiten (Thiedestraße 19A) durch den Bau einer Hebebühne oder Rampe zu ermöglichen und den Sanitärbereich rollstuhlgerecht umzugestalten.

Die Liegenschaft Thiedestraße 19A befindet sich nicht in städtischem Eigentum, sondern im Eigentum der Nibelungen-Wohnbau-GmbH. Derzeit wird durch die Eigentümerin geprüft, welche Lösungen vor Ort realisierbar sind, mit welchem Kostenaufwand die baulichen Maßnahmen umzusetzen sind und welcher Zeithorizont denkbar ist. Weiterhin werden Finanzierungsmodelle geprüft. Denkbar ist ein Umbaukostenzuschuss durch die Stadt in Form einer direkten Kostenerstattung oder über einen dauerhaften Modernisierungszuschlag auf die Miete in Anlehnung an § 559 BGB.

Die Stellungnahme der Eigentümerin bleibt abzuwarten. Bei einer positiven Rückäußerung müssten die entsprechenden Haushaltsmittel eingeplant werden.

Schlimme

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Piktogramme in "30-Zonen" (Drucksache 3657/14)

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

07.09.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates Rünigen vom 13.11.2014 (Drucksache 3657/14):

„Der Stadtbezirksrat beschließt eine bessere Kenntlichmachung der „30-Zonen“ durch Piktogramme an den Einmündungen von der Thiedestraße und im Straßenverlauf.“

Stellungnahme der Verwaltung zur Anregung gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG:

Die Anregung des Stadtbezirksrates wird dahingehend aufgegriffen, dass zu Beginn der Tempo-30-Zonen, die von der Thiedestraße abgehen, Piktogramme „30“ markiert werden. Dies kann insbesondere dann für die Verkehrssicherheit hilfreich sein, wenn Fahrzeugführer in die Nebenstraßen einbiegen und noch mit der Blickwendung (Schulterblick) beschäftigt sind, um sich zu vergewissern, dass kein nachfolgender Radfahrer behindert oder gefährdet wird. Piktogramme im weiteren Verlauf sind nur erforderlich, wenn Bau und Gestaltung des Straßenraumes in besonderer Weise, z.B. bei sehr üppigen Fahrbahnbreiten, zum Schnellfahren verleiten. Dies trifft hier nicht zu. Daher ist das Markieren weiterer Piktogramme im Straßenverlauf entbehrlich. Dies entspricht auch dem Grundsatz: „So wenig Verkehrszeichen wie möglich, so viele wie nötig.“

Leuer

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i>
Abbau von Telefonzellen im Braunschweiger Stadtgebiet

<i>Organisationseinheit:</i>	<i>Datum:</i>
DEZERNAT VI - Wirtschaftsdezernat	15.08.2017

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)	07.09.2017	Ö

Beschluss:

Dem von der Telekom Deutschland GmbH vorgesehenen Abbau der öffentlichen Telekommunikationsstelle am Standort Hahnenkleestraße 2 wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die Telekom Deutschland GmbH mitgeteilt, dass sie eine Reduzierung der Standorte öffentlicher Telekommunikationsstellen im Braunschweiger Stadtgebiet plant. In diesem Jahr sind von den Abbauüberlegungen insgesamt 27 Stand-orte betroffen. Bei 20 Telefonzellen handelt es sich um Standorte, die auch bei der letzten Reduzierungsmaßnahme im Jahr 2014 schon im Blickpunkt standen. Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Anlage 1.

Ihre Reduzierungsabsicht begründet die Telekom Deutschland GmbH damit, dass nur extrem wenig genutzte Telefonzellen zurückgebaut werden sollen. Die zweite Spalte der Anlage gibt Auskunft über die durchschnittlich im Monat erzielten Einnahmen des jeweiligen Gerätes. So haben sechs Geräte weniger als 5 € erwirtschaftet, zwei weitere weniger als 10 €, vier weniger als 15 €, fünf Geräte weniger als 25 €, zwei weniger als 30 € und ein Gerät weniger als 35 €. Unter den zum Abbau vorgesehenen Standorten befinden sich zudem 7 Basistelefone - Notruftelefone -, die ganzjährig nicht genutzt wurden.

Die Telekom Deutschland GmbH führt zur Begründung aus, dass die Münztelefone derzeit im analogen Festnetz betrieben und nach der anstehenden Umstellung auf aktuelle Technik nicht mehr funktionieren werden. Mithin würde ein kostenintensiver Austausch der betroffenen Geräte notwendig. Dieser Austausch ist im Hinblick auf die geringe Nutzung wirtschaftlich nicht sinnvoll. Insofern hat die Telekom Deutschland GmbH bereits jetzt angekündigt, die Münztelefone gegen Basistelefone auszutauschen, sofern dem Abbau der Geräte nicht zugestimmt werden sollte.

Abschließend führt die Telekom Deutschland GmbH - wie auch in den Jahren zuvor - erhebliche Umsatzeinbußen an öffentlichen Telekommunikationsstellen an, welche auf die immens angestiegene Nutzung des Mobilfunks zurückzuführen seien. Mittlerweile verfüge jeder Bundesbürger im Schnitt über 1,6 Mobiltelefone. Personen, die ein Mobiltelefon bei sich trügen, verwendeten kein öffentliches Telefon. Auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzten inzwischen zum überwiegenden Teil solche Geräte. Man geht davon aus, dass die Mobiltelefondichte so groß ist, dass Notruftelefone nicht ins Gewicht fallen. Zudem gingen erfahrungsgemäß, falls ein Notruf von einem entsprechenden Gerät abgesetzt wird, parallel auch mehrere Meldungen über Mobilfunk bei der Notrufzentrale ein.

Die Bundesnetzagentur hat im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden einer Reduzierung von öffentlichen Telekommunikationsstellen grundsätzlich zugestimmt.

Nach § 78 Telekommunikationsgesetz (TKG) ist für jeden einzelnen Standort die Zustimmung der Stadt Braunschweig zum Abbau erforderlich. Vor dem Hintergrund der gegebenen Informationen empfiehlt die Verwaltung, vor allem bei Telefonanlagen, die wenige oder gar keine Einnahmen erwirtschaften, dem Abbau wie vorgeschlagen zuzustimmen.

Für Rückfragen und weitergehende Ausführungen wird der zuständige Mitarbeiter der Telekom Deutschland GmbH direkt in der Sitzung zur Verfügung stehen.

Leppa

Anlage/n:

Anlage 1 – Liste der zu Abbau vorgesehenen Telefone

Nr.	Einnahmen	PLZ	Ort	Straße	Hausnr.	Hinweis	Endgerät	Stadtbezirk	2014 betr.
1	< 5€	38110	Braunschweig	Altmarkstr.	34		Münzer 23	112	ja
2	0 €	38124	Braunschweig	Bahnhofstr.	1	Hahnenkamp	BasisTel03	211	ja
3	<25€	38104	Braunschweig	Berliner Str.	105	Gliesmaroder Turm	Münzer 23	112	ja
4	< 5€	38108	Braunschweig	Bevenroder Str.	37		Münzer 23	112	ja
5	<25€	38108	Braunschweig	Bevenroder Straße	1	Bahnübergang	Münzer 23	112	ja
6	<25€	38108	Braunschweig	Bienroder Weg	55	Michelfelder Pl.	BlueP 04	332	ja
7	< 5€	38104	Braunschweig	Ebertallee	50a	Grüner Jäger	Münzer 23	112	ja
8	< 5€	38124	Braunschweig	Görlitzstraße	8	EKZ	Münzer 23	212	ja
9	0 €	38110	Braunschweig	Grasseler Str.	72		BasisTel03	112	ja
10	< 5€	38126	Braunschweig	Griegstraße	1	Welfenplatz	Münzer 23	213	ja
11	<25€	38122	Braunschweig	Hahnenkleestr.	2	Thiedestr.	Münzer 23	224	ja
12	0 €	38126	Braunschweig	Helmstedter Str.	41	vor Krematorium	BasisTel03	132	ja
13	<35€	38106	Braunschweig	Jasperallee	63	Altewiekring Ost	Münzer 23	120	ja
14	0 €	38102	Braunschweig	Jasperallee	26	Altewiekring West	BasisTel03	120	ja
15	<25€	38126	Braunschweig	Lehmweg	7	Gemeindestr.	BlueP 01	213	ja
16	<10€	38124	Braunschweig	Leipziger Straße		Siedlerstr. 16-18	Münzer 23	211	ja
17	0 €	38110	Braunschweig	Pappelallee	5	Postfiliale	BasisTel03	112	ja
18	0 €	38110	Braunschweig	Rabenrodestr.	2a	Feuerbrunnen	BasisTel03	112	ja
19	0 €	38126	Braunschweig	Salzdahlumer Str.	312		BasisTel03	213	ja
20	<10€	38104	Braunschweig	Wilhelm-Bode-Str.	7	Stadtpark	Münzer 23	120	ja
21	<5 €	38124	Braunschweig	Leipziger Str.	220	Hohes Feld	BlueP 01	211	nein
22	<30 €	38112	Braunschweig	Hamburger Str.	210	Eingang Stadion	BlueP 04	331	nein
23	<15 €	38108	Braunschweig	Steinriedendamm	14		BlueP 04	332	nein
24	<30 €	38116	Braunschweig	Saarstraße	46	Neunkirchener Str.	BlueP 04	321	nein
25	<15 €	38126	Braunschweig	Salzdahlumer Str.	56	Bebelhof	BlueP 04	132	nein
26	<15 €	38116	Braunschweig	Saarstraße	107	St. Wendelstr.	BlueP 01	321	nein
27	<15 €	38112	Braunschweig	Am Grasplatz	4		BlueP 01	321	nein

Betreff:

Verbesserung der Überquerbarkeit der Brücke über den Fuhsekanal im Verlauf des Schrotweges für Benutzer des geschotterten Spazierweges

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

24.08.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Entscheidung)

07.09.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:**Beschluss:**

Der Stadtbezirksrat Rünigen beantragt, auf der Südseite des östlichen Teils der Brücke über den Fuhsekanal im Verlauf des Schrotweges die zurzeit bestehende hohe Stufe, die man überwinden muss, um den Fuhsekanal neben der Fahrbahn zu überqueren, durch eine geeignete Maßnahme anzuschragen.

Gleichzeitig wird angeregt, dass der dafür zuständige Bezirksrat 310 (Westliches Ringgebiet) dasselbe für die Nordseite des östlichen Brückenteils beantragt.

Sachverhalt:

Als Benutzer des vor einigen Jahren angelegten Spazierweges östlich des Schrotweges muss man, um über den Fuhsekanal zu gelangen, dieselbe Brücke benutzen wie der Autofahrer auf dem Schrotweg. Während man als körperlich fitter Fußgänger sicherlich durchaus in der Lage ist, die etwa 20 cm hohen Stufen, die auf den Brückenbereich neben der Fahrbahn führen, zu überwinden, stellt dies sowohl für körperlich eingeschränkte Menschen, womöglich mit Rollstuhl oder Rollator, als auch für Kinderwagen und Kinder mit Lauf- oder Fahrrad ein Problem dar. Denjenigen bleibt zurzeit nichts anderes übrig, als auf die Fahrbahn auszuweichen. Durch eine wie auch immer geartete Rampe könnte die Benutzung des Spazierweges für diese Gruppen einfacher und sicherer gemacht werden.

gez.

Dr. Udo Zohner

Anlage/n:

keine